

Der Wahlsieg der SPD bei der Bundestagswahl 1998: Politikwechsel oder Kanzlerwechsel? Methodische Probleme bei der Separierung der Einflüsse von Kandidatenbewertung und Parteienkompetenz

Ohr, Dieter; Klein, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ohr, D., & Klein, M. (2001). Der Wahlsieg der SPD bei der Bundestagswahl 1998: Politikwechsel oder Kanzlerwechsel? Methodische Probleme bei der Separierung der Einflüsse von Kandidatenbewertung und Parteienkompetenz. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 49, 92-102. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-199178>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der Wahlsieg der SPD bei der Bundestagswahl 1998: Politikwechsel oder Kanzlerwechsel? Methodische Probleme bei der Separierung der Einflüsse von Kandidatenbewertung und Parteienkompetenz

von Dieter Ohr und Markus Klein¹

Zusammenfassung

In dem Beitrag werden einige methodische Probleme bei der Analyse politischer Wahlen diskutiert, die fast unvermeidlich auftreten, wenn die Einflussstärken einzelner Wählermotive auf Wahlentscheidung und Wahlausgang voneinander separiert und punktgenau bestimmt werden sollen. Als ein Weg, diese Probleme zu entschärfen und die Sicherheit der substantiellen Deutungen zu erhöhen, wird vorgeschlagen, vermehrt längsschnittlich erhobene Daten heranzuziehen.

Abstract

In this article we will discuss some methodological problems which inevitably occur whenever attempts are made to disentangle the relative impacts of the voters' various motives on the individual voting decision and the aggregate result. In order to mitigate these problems as well as to render substantive interpretations more dependable, it is proposed that researchers increasingly draw upon longitudinal data.

1. Wie deutet man den Ausgang der Bundestagswahl 1998?

Es gibt im Kern zwei unterschiedliche Deutungen des Wählerverhaltens bei der letzten Bundestagswahl vom September 1998. Die erste Deutung hebt vor allem darauf ab, dass die Bewertung der beiden Kanzlerkandidaten, **Helmut Kohl** und **Gerhard Schröder**, in der Bevölkerung eine wesentliche Rolle für den Ausgang der Wahl gespielt habe. Dabei unter-

¹ Dr. **Dieter Ohr** ist Universitätsassistent am Institut für Angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln. Dr. **Markus Klein** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralarchiv.

scheiden sich Studien, die dieser Deutungsrichtung zuzurechnen sind, sicherlich durch unterschiedliche Akzentuierungen. So wird die Wahl verstanden als eine Abwahl Kohls (**Pappi** 1999), als **Schröders** Sieg (**Brettschneider** 2000), oder es wird zu zeigen versucht, welchen Attributen der beiden Kandidaten welche Relevanz für die Wahlentscheidung zukam (**Klein** und **Ohr** 2000, 2001). Der Fokus der Analyse und der Interpretation richtet sich bei diesen Studien primär auf die zur Wahl stehenden Kandidaten. Die zweite Deutung stellt demgegenüber den Wunsch nach einem *Politikwechsel* in den Vordergrund, der die Wähler zu ihrem Votum veranlasst habe. Wird die These formuliert, die Wähler hätten bei der Bundestagswahl des Jahres 1998 nicht zuletzt ihrer Präferenz nach einem Politikwechsel Ausdruck verliehen, so lassen sich zwei Varianten unterscheiden. Zum einen kann man annehmen, die Wähler hätten mit ihrer mehrheitlichen Entscheidung wahrgenommene Defizite auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit korrigieren wollen (vgl. etwa **Eith** und **Mielke** 2000; **Weßels** 2000). Zum anderen könnte die Befürwortung eines Politikwechsels auch bedeuten, dass vor allem der SPD im Vergleich zur CDU/CSU eine höhere Kompetenz zugeschrieben wurde, die wichtigen Probleme des Landes zu lösen (**Weßels** 2000).

Welche Deutung man nun eher für zutreffend halten mag, man wird bei einer angemessenen Würdigung nicht außer Acht lassen, dass ein Wahlergebnis stets eine Vielzahl an Wählermotiven widerspiegelt, die nur selten unabhängig voneinander existieren, sondern in der Regel eng miteinander verflochten sind. Sollen nun die relativen Gewichte der einzelnen Motive bestimmt werden, oder wird für ein einzelnes Motiv punktgenau der Einfluss auf die individuelle Wahlentscheidung oder den Wahlausgang zu isolieren versucht, so ist zu fragen, inwieweit dies unter substantiellem wie methodischem Blickwinkel haltbar ist. Wir wollen im Folgenden am Beispiel der Bundestagswahl 1998 und der Untersuchung von **Bernhard Weßels** (2000) einige Probleme diskutieren, die regelmäßig auftreten, wenn versucht wird, Aussagen über *den* Effekt einzelner Determinanten der Wahlentscheidung oder des Wahlausgangs zu treffen.

2. Vorgehen und Hauptergebnisse der Analyse von Weßels (2000)

Bernhard Weßels bezieht mit seiner Analyse eine klare Position gegen Deutungen der Bundestagswahl 1998, die diese als vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung hin zu einer immer stärkeren Personalisierung von Wahlkämpfen, medialer Berichterstattung über Politik und Wählerverhalten begriffen haben. Er nimmt an, "... dass weniger Kandidaten als parteibezogene Sachfragen die Wahlentscheidung (und das Wahlergebnis) herbeigeführt haben, oder genereller: der Regierungswechsel kam primär durch das Bedürfnis nach *Politik-* und weniger durch das Bedürfnis nach *Kanzlerwechsel* zustande" (**Weßels** 2000: 50). Die Bundestagswahl 1998 sei "... aufgrund der Beurteilung der Kompetenz der beiden großen Parteien, wichtige Probleme lösen zu können, entschieden worden" (WZB-Mit-

teilungen 90, 2000: 15). Als Begründung für die so formulierte Politikwechselthese wird angeführt, "... dass Gerechtigkeitsvorstellungen in den 90er Jahren eine zunehmende Bedeutung erlangt ..." (*Weßels* 2000: 50) hätten. Wertpräferenzen im Hinblick auf soziale Gleichheit und soziale Gerechtigkeit hätten sich verschoben, was wiederum auf ein Bedürfnis nach Politikwechsel hindeuten würde (*Weßels* 2000: 40).

In der empirischen Analyse stützt sich *Weßels* auf die CSES-Nachwahlstudie (forsa-Erhebung)² zur Bundestagswahl 1998. Berechnet werden Strukturgleichungsmodelle, um die relativen Effekte von Kandidatenbeurteilungen und Kompetenzbewertungen der Parteien auf die Wahlentscheidung zu ermitteln (vgl. dazu *Weßels* 2000, Abbildung 5, S. 50, Tabelle 1, S. 53, Abbildungen 6 und 7, S. 56 und 57). Sodann werden auf der Grundlage einer Regressionsanalyse der Wahlentscheidung auf die in die Strukturgleichungsmodelle einbezogenen Erklärungsvariablen, zusammen mit den Verteilungen der Erklärungsgrößen, Nettoeffekte von Kandidatenbewertung und Parteienkompetenz auf das Wahlergebnis errechnet (vgl. dazu *Weßels* 2000, Tabelle 2, S. 59). Für die Analyse wird Parteienkompetenz in eine spezifische und eine generalisierte Komponente unterschieden, ähnlich die Kandidatenorientierungen.³

Das Strukturgleichungsmodell mit der besten Datenanpassung weist einen deutlich stärkeren Einfluss der Parteikompetenz gegenüber den Kandidatenorientierungen auf (*Weßels* 2000: 55). Aus den Ergebnissen folgert *Weßels*, diese könnten nicht als Bestätigung des in der Wahlforschung geltenden common wisdom angesehen werden, demzufolge es den Wählern bei der Bundestagswahl 1998 primär um einen Kanzlerwechsel ging. Weder lasse sich ablesen, dass *Gerhard Schröder* die Wahlentscheidung zugunsten der SPD stärker beeinflusst habe als die Kompetenz der SPD, noch lasse sich dies für *Helmut Kohl* feststellen. Es spreche also nichts gegen die Politikwechsel-These (*Weßels* 2000: 58).

Der zweite Teil der Analyse widmet sich den Nettoeffekten von Kandidatenorientierungen und Parteienkompetenz auf das Wahlergebnis der Bundestagswahl 1998. Dabei zeige sich für das gesamtdeutsche Wahlergebnis, dass die Kandidatenorientierungen der SPD einen Nettovorteil gegenüber der CDU/CSU (SPD vs. CDU/CSU) von etwa 2,6 Prozentpunkten der Stimmen erbracht hätten, die Parteikompetenz hingegen einen Vorteil von 4,6 Prozentpunkten. Es spreche damit weder etwas dafür, dass die Kandidatur *Schröders* von größerer Bedeutung für die SPD-Wahl gewesen sei als die Performanz der Partei, noch dass *Kohl* der CDU/CSU größeren Schaden zugefügt habe als die Performanz seiner Partei (*Weßels*

2 ZA-Archiv Nr. 3162

3 "Diese Frage soll anhand der Modellvarianten und des jeweiligen Verhältnisses des Gesamteffekts von Parteikompetenz (spezifisch und generalisiert) und Kandidatenorientierungen (spezifische Kandidatenkompetenz, Kandidatenvertrauen, generalisierte Kandidatenorientierung) beantwortet werden" (*Weßels* 2000: 55).

2000: 60). Für Ostdeutschland konstatiert **Weßels** bei der SPD-Wahl, dass der Zugewinn durch Kandidatenorientierungen den Zugewinn durch die Parteikompetenz um etwa einen Prozentpunkt übersteige (**Weßels** 2000: 60).

Noch etwas pointierter werden die genannten Befunde in den WZB-Mitteilungen interpretiert. Demnach könne "... das Verhältnis von relativem Stimmenübergewicht durch die Kandidaten- bzw. Parteiorientierungen ... als statistisch relativ zuverlässig angesehen werden. Danach hätte die SPD auch ohne den positiven Kandidatenfaktor durch Schröder einen Stimmenanteil erzielt, der 4,6 Prozentpunkte über dem der CDU/CSU gelegen hätte" (WZB-Mitteilungen 90, 2000: 15; unsere Hervorhebung).

Wir wollen im Folgenden einige Argumente dafür skizzieren, warum das "Verhältnis von relativem Stimmenübergewicht" durch Kandidat oder Partei alles andere als zuverlässig angesehen werden kann. Des Weiteren soll gezeigt werden, warum mit der punktgenauen Angabe von Nettoveränderungen des Wahlergebnisses der Anschein einer Präzision erweckt wird, der durch die Analyse und die empirischen Ergebnisse in keiner Weise gedeckt ist.

3. Anmerkungen zu Vorgehen und Interpretation der Analyse von Weßels (2000)

Unter substantiellem Blickwinkel ist es problematisch, dass **Weßels** sein zentrales Konzept des Politikwechsels begrifflich anders bestimmt als er es später in seiner empirischen Analyse umsetzt. Das Bedürfnis vieler Wähler nach einem Politikwechsel wird zunächst mit einer gewachsenen Bedeutung des Wertes "soziale Gerechtigkeit" begründet (**Weßels** 2000: 40). Die in der empirischen Analyse für die Bewertung der Sachfragenkompetenz der Parteien herangezogenen Sachfragen sind: "Steuerbelastung senken", "Renten sichern", "Kriminalität bekämpfen", "wirksamer Umweltschutz", "Ausländerzuzug regeln" und "Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken" (**Weßels** 2000: 47). In dem Spannungsfeld von sozialer Gerechtigkeit einerseits und Innovation und Modernisierung von Staat und Gesellschaft andererseits, das die SPD-Kampagne charakterisierte, und in dem der Kanzlerkandidat **Gerhard Schröder** mit den Begriffen der Innovation und der Fähigkeit zur Modernisierung von Staat und Gesellschaft assoziiert wurde, sind die von **Weßels** de facto untersuchten Politikfelder sehr viel stärker der Modernisierung von Staat und Gesellschaft zuzuordnen als der sozialen Gerechtigkeit. Politikwechsel bezieht sich in der Weßelsschen Analyse inhaltlich daher nur zu einem sehr kleinen Teil auf soziale Gerechtigkeitsvorstellungen, viel eher auf Politikfelder, die mit Modernisierung und Innovation verbunden sind. So gesehen, erscheint es besonders problematisch, die so gemessenen Kompetenzbewertungen der SPD – und ihren Einfluss auf die Wahlentscheidung – von deren Kanzlerkandidaten **Gerhard Schröder** isoliert betrachten zu wollen.

Unter methodischer Perspektive steht die Analyse von **Bernhard Weßels** vor dem *Problem der Separierung von Einflüssen auf die Wahlentscheidung*, die den Bestimmungsgrößen des sozialpsychologischen Modells des Wählerverhaltens zuzurechnen sind: der langfristigen Parteibindung sowie den eher kurz- und mittelfristigen Partei- und Kandidatenorientierungen. Bei der Separierung können verschiedene Aspekte unterschieden werden (**Jagodzinski** und **Kühnel** 1990: 36-38): Das *Multikollinearitätsproblem* besteht darin, dass hohe Korrelationen zwischen den unabhängigen Variablen eine präzise und stabile Schätzung der Effekte erschweren. Multikollinearität dürfte in der Analyse von **Weßels** ganz besonders ausgeprägt sein, werden doch gleichzeitig Parteiidentifikation, Skalometerbewertungen für Parteien und für Kandidaten, generelle und spezifische Kompetenzbewertungen für Parteien und Kandidaten sowie Einschätzungen des Kandidatenvertrauens als Determinanten der Wahlentscheidung berücksichtigt. Obwohl die Diagnose von Multikollinearität mit avancierten Methoden erfolgen kann und auch die potentiellen Auswirkungen in der statistischen Literatur gründlich untersucht wurden (**Belsley, Kuh** und **Welsch** 1980; **Belsley** 1982), ist das Problem aus statistischer Sicht im Grunde nicht lösbar, will man an der Separierung der Einflüsse von Bestimmungsgrößen der Wahlentscheidung festhalten. Umso wichtiger wird es dann freilich, die bei der versuchten Separierung erzielten Befunde mit der gebotenen Vorsicht zu interpretieren. Das *Problem ungeklärter kausaler Prioritäten* ist immer dann gegeben, wenn die Kausalverhältnisse zwischen den untersuchten Variablen unklar sind. Eine eindeutige Schätzung der relativen Effekte ist somit bereits aus theoretischen Gründen nicht möglich. Zwischen den drei Einflussgrößen des klassischen Ann-Arbor-Modells ist die Richtung der Beziehungen der Theorie zufolge nicht eindeutig bestimmt. So könnte eine positive Wahrnehmung des Kanzlerkandidaten dazu beitragen, dass auch dessen Partei besser eingeschätzt wird, etwa hinsichtlich ihrer Kompetenz. Selbst die eher längerfristig-stabile Parteibindung mag auf lange Sicht durch die kürzerfristigen Bewertungen der Kandidaten und der Sachfragenkompetenz der Parteien Änderungen erfahren. Dieser zweite Teilaspekt des Separierungsproblems ist sicherlich der schwerwiegendste. Vor dem Hintergrund unklarer kausaler Prioritäten ist es praktisch unmöglich, die relativen kausalen Beiträge der drei Determinanten des sozialpsychologischen Erklärungsmodells mittels einer *Querschnittsbefragung* zu ermitteln.⁴

Durch die enge Verflochtenheit der drei Einstellungskomplexe Parteiidentifikation, Kandidaten- und Issueorientierungen wird die Zuweisung von relativen Erklärungsgewichten an einem bestimmten Stichtag mehr oder weniger willkürlich, da man so ausblendet, welche kausalen Einflüsse zwischen den Einstellungskomplexen in der Zeit vor dem Stichtag wirksam waren. In kausaler Perspektive wäre es zwingend, längsschnittliche Daten zu untersuchen.

4 Ein *Problem der Operationalisierung* liegt schließlich dann vor, wenn hohe Korrelationen zwischen den untersuchten Variablen darauf zurückzuführen sind, dass sie letztlich die gleiche theoretische Größe messen.

Will (oder muss) man trotzdem mit einer Querschnittsbefragung vorlieb nehmen, so bleiben im Wesentlichen zwei angemessene Strategien. Erstens kann man darauf verzichten, den Effekt etwa der politischen Kandidaten oder der Parteienkompetenz zu ermitteln. Stattdessen würde man sich darauf beschränken, *Bandbreiten* für die interessierenden Effekte anzugeben (vgl. dazu **Jagodzinski** und **Kühnel** 1990; **Klein** und **Ohr** 2000). Je nach Fragestellung bieten sich dabei als Effektmaße entweder Regressionskoeffizienten an oder der Zuwachs des Bestimmtheitsmaßes, den die Aufnahme der untersuchten Einflussgröße in ein Regressionsmodell bewirkt. Die *pessimistische Schätzung* des Effekts besteht im geringsten Anstieg von R^2 (bzw. P^2), der "in irgendeinem der theoretisch plausiblen Modelle erzielt" (1990: 40) wird. Häufig ist das der Effekt, den eine bestimmte Einflussgröße noch hat, wenn sie nach allen anderen potentiell erklärungskräftigen Variablen in das Regressionsmodell eingeführt wird. Die *optimistische Schätzung* des Effekts besteht sodann im größtmöglichen Anstieg von R^2 (bzw. P^2), den die Hereinnahme der untersuchten Variablen in irgendeinem der theoretisch plausiblen Regressionsmodelle verursacht, wobei man zuvor all diejenigen Variablen "aus dem Modell entfernen darf (aber nicht entfernen muss), deren Einfluss auf die Wahlabsicht nicht ausreichend theoretisch und empirisch gesichert ist" (1990: 40). Die optimistische Schätzung des Effekts einer Variablen wird nicht selten der Anteil erklärter Varianz eines Modells sein, in das ausschließlich die untersuchte Variable eingeht. Man spräche also bei der Berechnung von Bandbreiten nicht mehr davon, dass die Kandidatenbewertungen x Prozent der Variation der Wahlentscheidung erklären könnten, sondern zwischen y und z Prozent, ebenso würde man bei der Parteienkompetenz verfahren. Wenn man sich auf die Ermittlung und Interpretation von Bandbreiten beschränkt, stellt man in Rechnung, dass größere Genauigkeit mit einem Querschnittsdesign nicht erreicht werden kann. Die, häufig recht weit auseinanderliegenden, Bandbreiten⁵ sensibilisieren dafür, dass jede Querschnittsbefragung mit einem grundlegenden Defizit an Information behaftet ist: Politische Wahrnehmungen und Bewertungen existieren nicht isoliert voneinander, sondern sind im Denken der Wähler eng untereinander verflochten. Ändert sich eine dieser spezifischen Einstellungen etwa als Folge von Wahlkampfereignissen, so zieht dies Änderungen auch der anderen Einstellungen nach sich. Mit einer Querschnittsstudie lässt sich lediglich das kondensierte Ergebnis dieser Änderungen in der Zeit analysieren, Schlüsse auf die Änderungen selbst bleiben immer mit hohem Risiko behaftet. Wir kommen später noch einmal auf diesen zentralen Punkt zurück.

5 So ermittelten wir beispielsweise, ebenfalls gestützt auf die CSES-Daten, im Rahmen multinomialer Logit-Analysen für den Einfluß, den die Einschätzung der rollenfernen, 'unpolitischen' Eigenschaften der Kanzlerkandidaten **Kohl** und **Schröder** auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998 ausübte, Veränderungen des Pseudo-Bestimmtheitsmaßes zwischen 1,4 Prozentpunkten (pessimistische Schätzung) und 14,7 Prozentpunkten (optimistische Schätzung) (**Klein** und **Ohr** 2000: 217-219).

Eine zweite Strategie besteht darin, das Wahlverhalten solcher Gruppen genauer in den Blick zu nehmen, bei denen die Kompetenzbewertungen von Partei und Kandidat gerade auseinanderfallen. Besonders wahrscheinlich ist dies bei der Gruppe derjenigen Wähler, die nicht an eine Partei gebunden sind und die etwa ein Drittel der Wählerschaft ausmachen. Unter diesen Wählern waren im August 1998 (EMNID-Umfrage) 26 Prozent, die **Schröder** am ehesten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zutrauten, dies aber der SPD ganz absprachen oder ihr zumindest nicht explizit zugestanden (**Brettschneider** 2000: 131). Hinsichtlich der Wahlentscheidung wollten immerhin 33 Prozent unter den Parteungebundenen, die **Schröder** die höchste Kompetenz bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusprechen, unter den Parteien dabei aber die Union als die kompetenteste ansahen, die SPD wählen. Dieser Anteil betrug sogar 47 Prozent, wenn man keine Partei diesbezüglich als besonders kompetent ansah. Bezogen auf die Gesamtheit der prospektiven SPD-Wähler im August 1998 hielten 12 Prozent **Gerhard Schröder** für befähigt, die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen, nicht aber die SPD (**Brettschneider** 2000: 131).

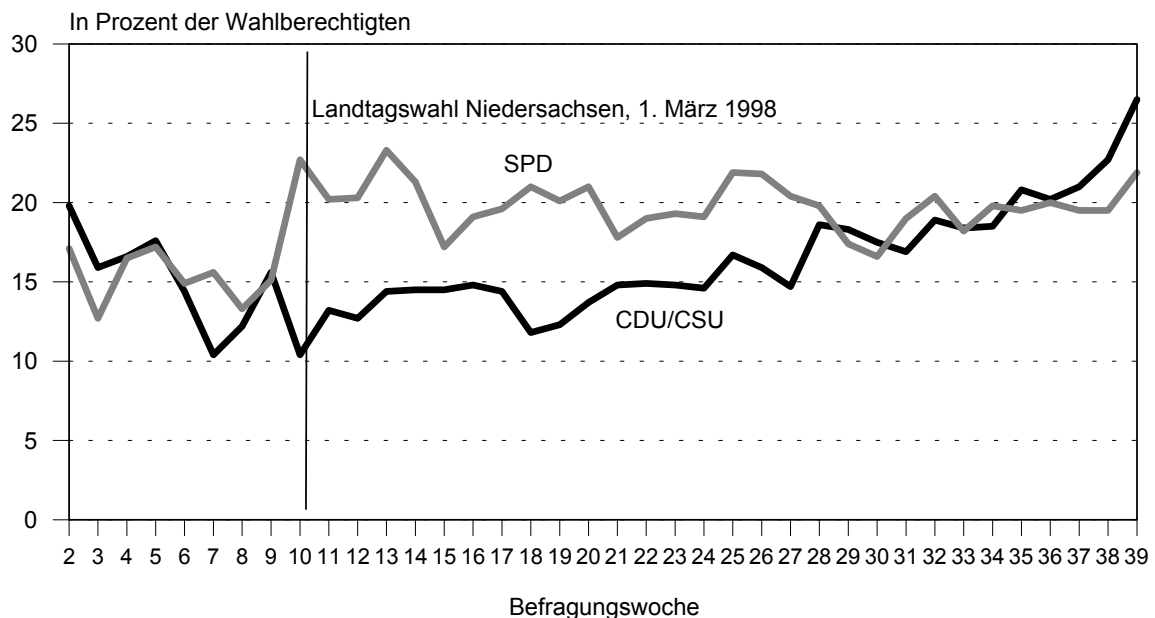
Mit der Berechnung von *Bandbreiten* einerseits, der *Analyse spezieller Teilgruppen* der Wählerschaft andererseits verfügt man über zwei Strategien, die dem Umstand Rechnung tragen, dass eine punktgenaue Ermittlung relativer Erklärungsbeiträge von Parteiidentifikation, Parteikompetenz und Kandidatenbewertung für das gesamte Elektorat nicht möglich ist. Beide Strategien lösen die Kausalproblematik nicht, sie gehen aber angemessen damit um.

Jede Querschnittsuntersuchung kurz vor oder kurz nach einer Wahl ignoriert aber notwendigerweise alle diejenigen Entwicklungen in den Einstellungen der Wähler, die auf das Wahlkampfgeschehen zurückgehen oder auch unabhängig vom Wahlkampf in den Monaten vor der Wahl erfolgen. Eine solche Entwicklung im Wahljahr 1998 war der sogenannte **Schröder-Sog**. Damit ist nicht gemeint, "... dass für die Wahlentscheidung zugunsten der SPD die positiven Orientierungen gegenüber **Schröder** ausschlaggebend waren ..." (WZB-Mitteilungen 90, 2000: 14). Eine solche Deutung würde allein auf die relativen Erklärungsgewichte von Kandidat und Parteienkompetenz zum Zeitpunkt der Wahlentscheidung abheben. Genau dies wäre jedoch eine viel zu enge Sicht dieses Effekts, die die dynamische Dimension ausblendet. Unter dem **Schröder-Sog** ist also nicht (allein) zu verstehen, dass die Bewertung der politischen und persönlichen Qualitäten **Gerhard Schröders** die Wahlentscheidung der Wähler stärker bestimmte als etwa die Kompetenzeinschätzungen der Parteien dies zu tun vermochten. Die mindestens ebenso wichtige Deutung unterstellt vielmehr, dass die Einschätzung **Gerhard Schröders** unter den Wahlberechtigten maßgeb-

lich die Kompetenzeinschätzung der SPD mitbestimmt hat.⁶ Dass Politiker auch die Einschätzung ihrer Partei maßgeblich prägen können, lässt sich, unter anderem, aus Überlegungen zur Informationsökonomie der Wähler ableiten. Eine solche Prägung erfolgte während des Wahljahres 1998 wohl in der Tat, wie die zeitliche Entwicklung der Kompetenzeinschätzungen von SPD und CDU/CSU zeigt (Abbildung 1).

Abbildung 1: Problemlösungskompetenz von SPD und CDU/CSU während des Wahljahres 1998 (Tägliche Befragung in den Wochen 2 bis 39 bis einschließlich 25. September; Termin der Bundestagswahl: 27. September 1998)

Welche Partei wird denn Ihrer Meinung nach am besten mit den Problemen in der Bundesrepublik fertig?



Quelle: forsa-Tagesbefragung 1998.

Mit dem Wahlabend der niedersächsischen Landtagswahl vom 1. März 1998 und der sofort vorgenommenen de facto-Nominierung von **Gerhard Schröder** als Kanzlerkandidaten der SPD war es für die deutschen Wähler klar, welche SPD am 27. September zur Wahl stand: eine SPD, die im Spannungsfeld zwischen Gerechtigkeit und Innovation (vgl. dazu **Schmitt-Beck** 2001) den Akzent auf Innovation setzte. Der niedersächsische Wahlerfolg **Gerhard Schröders** und seine Nominierung als Kanzlerkandidat setzte sich umgehend in einer deutlich verbesserten Kompetenzzuschreibung an die sozialdemokratische Partei um.

⁶ **Weßels** spricht selbst den sogenannten **Schröder-Sog** an, der darauf zurückgehe, "... dass mit der Nominierung Schröders als Kandidat für die Wähler die nötige Stimmigkeit zwischen Partei und Personal hergestellt wurde, ohne die Wahlen nicht zu gewinnen sind" (**Weßels** 2000: 61).

Wie Abbildung 1 zeigt, erhöht sich der Anteil derjenigen, die die SPD als die Partei mit der größten Problemlösungskompetenz sehen, um gut fünf Prozentpunkte und bleibt, von kleineren Schwankungen abgesehen, bis zum Wahltag auf diesem höheren Niveau. Die Kurve der CDU/CSU steigt in den Wochen vor der Wahl erkennbar an, was dem normalen Wahlzyklus einer Regierungspartei entspricht. Anders als bei früheren Bundestagswahlen konnte die CDU/CSU die SPD aber nicht mehr deutlich überholen. Wenn die Problemlösungskompetenz erwiesenermaßen eine erklärungskräftige Determinante der Wahlentscheidung ist, dann schlägt sich eine deutlich und nachhaltig verbesserte Wahrnehmung dieser Kompetenz für die SPD bei einem Teil der Wähler auch im Wahlergebnis nieder. Dieser Effekt taucht aber in einer querschnittlichen Wahlanalyse, wie in der von *Weßels* verwendeten Nachwahlstudie zur Bundestagswahl, überhaupt nicht auf, da dort ja – nolens volens – allein die *Variation zwischen Befragten zu einem bestimmten Zeitpunkt* in das Ergebnis einfließt. In einem Querschnittsdesign werden nur die zum jeweiligen Zeitpunkt vorliegenden Korrelationen zwischen Kandidatenbewertung, Parteienkompetenz und Wahlentscheidung ausgewertet. Selbstverständlich konnte diese offenbar nachhaltige Verschiebung in den Kompetenzbewertungen der beiden großen Parteien nicht ohne Einfluss auf den Ausgang der Bundestagswahl bleiben. Ob die SPD auch ohne diese Verschiebung einen klaren Wahlsieg bei der Bundestagswahl erreicht hätte, bleibt sehr fraglich. Man kann es auch so formulieren: Es gibt nicht den 'reinen' Effekt der Parteienkompetenz einer Partei, der losgelöst vom Kanzlerkandidaten zu betrachten sei, auch wenn die Separierung der jeweiligen Effekte im Querschnitt diese Vorstellung nahe legen mag.

4. Schlussfolgerung

Wahlen sind periodisch wiederkehrende Zäsuren im Prozess der politischen Willensbildung, die zu einem bestimmten Stichtag dessen Ergebnis bilanzieren. Mittels querschnittlich angelegter Wahlstudien wird in der Regel versucht, eine Rekonstruktion dieser zeitpunktbezogenen Bilanzierung zu leisten. Die der untersuchten Wahl zeitlich vorgelagerte Dynamik des politischen Geschehens gerät dabei freilich weitgehend aus dem Blick. Dies ist deswegen problematisch, da der dem Wahltermin vorausgehende Wahlkampf naturgemäß darauf ausgerichtet ist, die bei den Wählerinnen und Wählern vorhandenen Bewertungen von Parteien, Kandidaten und Parteienkompetenzen zu beeinflussen. Die sich im Verlauf des Wahlkampfes ergebenden Verschiebungen in den entsprechenden Bewertungen werden durch querschnittliche Studien jedoch nicht erfasst. So könnte etwa eine sich im Laufe des Wahlkampfes verbessernde Beurteilung der Problemlösungskompetenz einer Partei durch die Bevölkerung durchaus wahlentscheidend gewesen sein, auch wenn die Kompetenz in einer querschnittlichen Analyse nicht den stärksten Effekt auf die Wahlentscheidung aufweist. Auch werden die Beziehungen zwischen den verschiedenen Bewertungsobjekten im Rahmen einer querschnittlichen Analyse nur unzureichend abgebildet. So kann die Nominierung eines Politikers zum Spitzenkandidaten seiner Partei deutliche Ver-

änderungen in der Bewertung dieser Partei und deren subjektiv wahrgenommener Problemlösungskompetenz nach sich ziehen, wie bei der Bundestagswahl 1998 geschehen. Im Rahmen querschnittlicher Analysen kann dieser zeitlich vorgelagerte 'Ausstrahlungseffekt' aber nicht dem Kandidateneinfluss zugerechnet werden, so daß dieser systematisch unterschätzt wird.

Über die mit der Dynamik des politischen Prozesses verbundenen Probleme hinaus ist eine Separierung der relativen Effekte von Kandidatenbewertungen und subjektiv wahrgenommenen Parteienkompetenzen auch deshalb schwierig, weil deren kausale Prioritäten theoretisch ungeklärt sind und aufgrund der zwischen beiden Größen bestehenden Korrelationen Multikollinearitätsprobleme existieren, die eine exakte Effektseparierung aus statistischen Gründen erschweren.

Vor dem Hintergrund der eben beschriebenen Probleme sind empirische Analysen des Wählerverhaltens auf der Grundlage von Querschnittsanalysen sicherlich nicht völlig untauglich, sie sind aber mit großer Vorsicht zu interpretieren. Die im vorliegenden Artikel diskutierte Arbeit von **Bernhard Weßels** suggeriert hingegen ein Maß an Genauigkeit – nicht zuletzt durch die Angabe exakter Prozentmargen, die die einzelnen Faktoren der Wahlentscheidung angeblich zum SPD-Wahlergebnis beigetragen haben sollen, sowie durch die pointierte Interpretation der Ergebnisse –, das die von ihm präsentierten Analysen aus den verschiedenen hier diskutierten Gründen nicht ansatzweise begründen können.

Als eine Mindestanforderung bei der Interpretation querschnittlicher Wahlanalysen scheint es uns geboten, dass die Entwicklung der verschiedenen Einflussfaktoren in den Monaten vor einer Wahl explizit bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt wird. Wünschenswert wäre des Weiteren, dass Wahlstudien in Zukunft von vornherein als längsschnittliche Studien angelegt werden. Auch längsschnittliche Wahlstudien werden den relativen Einfluss der verschiedenen Faktoren der Wahlentscheidung gewiss nicht mathematisch exakt angeben können. Sie ermöglichen aber eine umfassende und detaillierte Beschreibung des politischen Willensbildungsprozesses im Vorfeld einer Wahl und darüber auch eine realitätsnahe, differenzierte und verlässliche Analyse der Determinanten der Wahlentscheidung.

Literatur

Belsley, David A., Kuh, Edwin und Welsch, Roy E., 1980: Regression Diagnostics: Identifying Influential Data and Sources of Collinearity, New York.

Belsley, David A., 1982: Assessing the Presence of Harmful Collinearity and Other Forms of Weak Data Through a Test for Signal-to-Noise, in: Journal of Econometrics 20, 211-253.

Brettschneider, Frank, 2000: Kohls Niederlage? Schröders Sieg! Die Bedeutung der Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl 1998, in: **Gert Pickel, Dieter Walz und Wolfram Brunner** (Hrsg.), Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opladen, 109-140.

Eith, Ulrich und Mielke, Gerd, 2000: Die soziale Frage als "neue" Konfliktlinie? Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998, in: **Jan van Deth, Hans Rattinger und Edeltraud Roller** (Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen, 93-116.

Jagodzinski, Wolfgang und Kühnel, Steffen M., 1990: Zur Schätzung der relativen Effekte von Issueorientierungen, Kandidatenpräferenz und langfristiger Parteibindung auf die Wahlabsicht, in: **Karl Schmitt** (Hrsg.), Wahlen, Parteiliten, politische Einstellungen. Neuere Forschungsergebnisse, Frankfurt am Main, 5-63.

Klein, Markus und Ohr, Dieter, 2000: Gerhard oder Helmut? 'Unpolitische' Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998, in: Politische Vierteljahresschrift 41, 199-224.

Klein, Markus und Ohr, Dieter: Die Wahrnehmung der politischen und persönlichen Eigenschaften von **Helmut Kohl** und **Gerhard Schröder** und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998, in: **Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase** (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden, 91-132.

Pappi, Franz U., 1999: Die Abwahl Kohls. Hauptergebnis der Bundestagswahl 1998?, in: Zeitschrift für Politik 46, 1-29.

Schmitt-Beck, Rüdiger, 2001: Ein Sieg der "Kampa"? Politische Symbolik in der Wahlkampagne der SPD und ihre Resonanz in der Wählerschaft, in: **Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase** (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden, 133-161.

Weßels, Bernhard, 2000: Kanzler- oder Politikwechsel? Bestimmungsgründe des Wahlerfolgs der SPD bei der Bundestagswahl 1998, in: **Jan van Deth, Hans Rattinger und Edeltraud Roller** (Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen, 35-65.

WZB-Mitteilungen, Heft 90, Dezember 2000: Personen oder Politik. Warum die SPD die Bundestagswahl 1998 gewann, 12-15.